

„Studiere den Sozialismus nach Hermann Dunckers Vorschlägen“. Zum historischen Stellenwert der Pöhland-Briefe aus dem 1. Weltkrieg.¹

Autor: Jörg Wollenberg

„Und warum, fragte ich, hast du dich dann doch wieder der Partei angeschlossen, die sich für immer gegen die Revolution gestellt hatte.“² Diese Frage stellte der in Bremen aufgewachsene linke Chronist und Ich-Erzähler des Romans „Die Ästhetik des Widerstands“ seinem Vater, dem ehemaligen Verteidiger der Bremer Räterepublik und Anhänger von Rosa Luxemburg, am 1. Mai 1933 – „als das Geheul vom Maifeld zu uns herein drang. Da hatten sie den Platz der Massentreffen nach dem Datum benannt, das seit einem halben Jahrhundert zum Kampftag der Arbeiter ausersehn war, und die hunderttausende, die dort versammelt waren, stimmten, mit emporgestreckten Händen, ihrer eigenen Demütigung zu.“³ Vater und Sohn waren zuvor in einem langen Nachtgespräch zu unterschiedlichen Einschätzungen des Scheitern der Novemberrevolution und der Zerschlagung der Bremer Räterepublik am 4. Februar 1919 gelangt, deren Folgen aus ihrer Sicht den Aufstieg des deutschen Faschismus zur Macht mit verursacht hatten.

Dieselbe Frage hätte der 1901 in Bremen geborenen Robert Pöhland, seit 1916 Mitglied der von Heinrich Brandler und Wilhelm Eildermann in Bremen aufgebauten sozialdemokratischen Jugendorganisation „Junge Garde“, später des KJVD und der KPD, möglicherweise seinem eigenen Vater stellen müssen, wenn diesem nicht am 21. Oktober 1916 der Kopf durch eine Granate abgerissen worden wäre. Wenige Wochen zuvor hatte der sich zum Alfred Henke-Kreis der Bremer Linksradiكالen bekennende Robert Pöhland (1877-1916) seinem gleichnamigen 15-jährigen Sohn mit Stolz auf dessen Brief geantwortet, dass „Du auf dem rechten Weg zur sozialistischen Erkenntnis bist“. Er fügte seinem Brief vom 11. Juli 1916 hinzu: „Dir steht sozusagen die ganze Welt offen. Bereite Dich vor, damit Du auch an allem Anteil nehmen kannst...Nimm den Leitfaden von Dr. Hermann Duncker (den ich zu Hause habe) zur Hand und studiere den Sozialismus nach seinen Vorschlägen. Du glaubst nicht, wie ich mich darauf freue, mich mit Dir über solche Fragen unterhalten zu können. Hoffentlich werde ich nicht eines der unzähligen Opfer dieses grausamen, wahnsinnigen Krieges.“ Die ständige Sorge um die Familie veranlasste Robert Pöhland, seinen ältesten Sohn an den eigenen „Seelenqualen“ teilnehmen zu lassen, die er an der West-Front durch den „ununterbrochenen Kanonendonner“ und den Einsatz der Granaten, der Gasangriffe und „Flammenwerfer, die die Menschen bei lebendigen Leibe verbrennen sollen“, erleiden musste. Ihn erfasste zunehmend „eine

¹ Einführende Bemerkungen zur Neuausgabe der Briefe einer Bremer Arbeiterfamilie aus dem 1. Weltkrieg: Doris Kachulle (Hrsg.), Die Pöhlands im Krieg, Köln 2006

² Peter Weiss, Die Ästhetik des Widerstands, Band 1, Frankfurt/M: 1975, S. 115

³ Ebenda, S. 110

herzbeklemmende Angst“ vor diesen „furchtbaren Mordwaffen“, die ihren Teil zur „Menschenvernichtung“ beitragen würden. Und er beschloss den Brief mit der Bitte, „Deinen kleinen Geschwistern davon nichts zu erzählen, sie könnten sonst krank werden wie neulich Richard bei der Drohung seines humanen Lehrers.“ Dieser Brief an den Sohn erfuhr eine weitere Zuspitzung in dem Schreiben vom 1. August 1916 an seine Frau, in dem er das erste Mal offen darauf hinwies, „dass ich nicht wieder zurückkehre“. Er erinnerte seine Frau daran, „dass Du die Pflicht hast unseren, der mütterlichen Hilfe und Liebe noch so bedürftigen Kindern erhalten zu bleiben“, - „falls das Schlimmste passieren sollte“ - und „Du, teuerstes Weib, die Nachricht nicht wirst ertragen können.“ Und er tröstete sich „mit dem Gedanken, dass Robert in eineinhalb Jahren schon ausgelernt hat, und dann so viel verdienen kann, dass er Dich ganz gut unterstützen kann.“ Wenige Tage zuvor hatte der trotz des Kriegeinsatzes nach wie vor eifrige Buch- und Zeitungsleser Robert Pöhland seiner Frau Anna (1874-1919) mitgeteilt, die erste Nummer der „Arbeiterpolitik“ – mit Einwänden – durchgelesen und die Polemik von Franz Mehring gegen Paul Lensch genossen zu haben. Außerdem bat er seine Frau, ihm die sozialistische Utopie des amerikanischen Schriftstellers Edward Bellamy zuzusenden, die sein ältester Sohn gerade las, und zitierte zustimmend „das neueste Werk der Genossin Henriette Roland-Holst“ über die bürgerliche und proletarische Frauenbewegung.⁴ Seinen jüngsten Kindern schickte er am 20. Juli 1916 zu Beginn der Schulferien einen einfühlsamen Brief und bat seine „beiden Lieblinge Lottchen und Gretchen“, ihm mitzuteilen, „ob Euch diese Erzählungen auch gefallen haben...Seid nun herzlich begrüßt auf Eure kleinen Plappermäulchen von Eurem Vater. Viele Grüße auch an Richard, Klärchen und Robert.“ In dieser Zeit verfasste Robert Pöhland außerdem einen längeren Artikel für den „Grundstein“, dem Organ seines Bauarbeiter-Verbandes, und einen Leserbrief für die „Bremer Bürger-Zeitung“ (BBZ).⁵ Damit wollte er dem Chefredakteur und Reichstagsabgeordneten Alfred Henke, dem Mitglied der „Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft“, später der USPD, Schützenhilfe leisten. Henke hatte sich mit seinen Redaktionsmitarbeitern Johann Knief und Paul Frölich überworfen. Diese gründeten daraufhin im Juni 1916 zusammen mit dem Werftarbeiter Adolf Dannat, dem Schlachter Hans Brodmerkel und Käte Ahrens die „Arbeiterpolitik“, ein neues Organ der Bremer Linksradiكالen als „Wochenschrift für wissenschaftlichen Sozialismus“. Sie gewannen Karl Radek, Anton Pannekoek, Wladimir Lenin und Leo Trotzki, nicht aber die Mitglieder der Spartakusgruppe um Rosa Luxemburg, Franz Mehring, Käte und Hermann Duncker als redaktionelle Mitarbeiter für eine der bedeutendsten legalen Zeitschriften der sozialistischen Linken in Deutschland. Am 22. Juli 1916 teilte Alfred Henke, lange Zeit der unbestrittene führende Kopf der Bremer Linken, dem „lieben Genossen Pöhland“ mit, die

⁴ Vgl. Brief vom 17.7.1916 an Anna Pöhland mit der entsprechenden Kommentierung in den Anmerkungen.

⁵ Vgl. Brief von Robert an Anna Pöhland, 15. Juli 1916. Der Artikel für den „Grundstein“, dem Zentralorgan des Deutschen Bauarbeiterverbandes, erschien in Nr.27, 1916

ihn stützende Zuschrift nicht ins Blatt als Leserbrief bringen zu wollen: „Die Leidenschaften sind so aufgewühlt (durch Teuerung, Krieg) und Agitationsweise der Spartakusleute, dass die ruhige Vernunft längst bei manchen (besonders den Frauen) zum Kukuck ging“. Sein Einfluss sei eingeschränkt, die Linke extrem geschwächt. „Jetzt ist Fröhlich Soldat, Dannat ist in Kiel als Kriegsarbeiter, Buchholz sitzt im Gefängnis, Knief ist krank.“ Und er müsse befürchten, dass die Genossen in Massen zum rechten Flügel der Partei um Waigand, Peine etc. zurückkehren, die schon ab Januar 1916 mit dem Erscheinen der „Bremischen Correspondenz“ ein Konkurrenzorgan herausgaben.⁶ Alfred Henke hatte sich vergeblich darum bemüht, seine alten Freunde Franz Mehring und Karl Radek um Unterstützung im Bremer Parteienkonflikt zu bitten. Der bedeutende Parteihistoriker verweigerte sich mit Schreiben vom 15. Juni 1916 ebenso wie Karl Radek, der behauptete, Henke sei nie ein Linksradikaler gewesen, sondern er habe sich stets nur mit den Federn Radeks geschmückt, auch wenn er ihm wegen seiner Vorkriegsaffaire gegen den Parteivorstand und Rosa Luxemburg zur Dankbarkeit verpflichtet sei⁷

Die wenigen Auszüge aus dem Briefwechsel der Pöhlands von Mitte Juli bis Anfang August 1916 behandeln einige der zentralen Problemfelder, auf die wir im folgendem kurz eingehen möchten, weil sie den historischen Stellenwert der Pöhland-Briefe ausmachen und die besondere Rolle der Pöhlands im Formierungsprozess der Linken in Bremen andeuten:

1. Das Problem der Neuformierung der Sozialdemokratie und der sozialistischen und kommunistischen Linken im „Zeitalter der Extreme“ (Eric Hobsbawm).
2. Die Bedeutung der Kultur- und Bildungsarbeit für die persönliche und politische Entwicklung der Mitglieder der Arbeiterorganisationen.

Und – worauf wir hier aus Platzgründen weniger eingehen können, dafür aber auf die Ergänzungen zu den Briefen, die Kommentierung durch Doris Kachulle und den einleitenden Beitrag von Rolf Becker verweisen:

3. Die Antikriegsstimmung und die „Vertierung des Menschen im Krieg“⁸
4. Der Alltag der Arbeiterfamilie im Krieg, insbesondere das Leiden der Kinder und Frauen.⁹

⁶ Siehe Faksimile mit Auszügen zu dem Brief Henkes an Pöhland vom 22. Juli 1916 in diesem Band.

⁷ Zu diesem Grundsatzstreit und den Briefen von Mehring und Radek siehe Erhard Lucas, Die Sozialdemokratie in Bremen während des Ersten Weltkrieges, Bremen 1969, S. 63-ff. Zum Konflikt Radek gegen den PV. und Luxemburg (1912/13) vgl. den Schlussteil dieses Beitrags

⁸ dazu u. a. die Briefe vom 8.11.1915, 22.7. und 1. 8. 1916; weiterhin Briefe vom 18.6., 30.6. 6.7., 23.8., 11.9., 15.10.1916.

⁹ Briefe vom 14.10., 24.10., 28.10., 16.11., 21.11., 24.11., 29.11.1915; 15.3., 24.3., 5.4., 27.4., 6.8., 7.8., 7.10., 17.10., 18.10., 24.10. 1916, vor allem aber die „Erinnerungen an meine Eltern“ der Tochter Klärchen Krebs, geb. Pöhland, zu Beginn dieses Bandes

„Ein Schulbeispiel: Die Parteivorgänge in Bremen“¹⁰

Am 24. Juni 1916 läutete die Bremer „Wochenschrift für wissenschaftlichen Sozialismus“, die „Arbeiterpolitik“, den ersten Jahrgang mit einem Grundsatzartikel über eine neue „Epoche der Arbeiterpolitik“ ein: „Die deutsche Sozialdemokratie ist nicht mehr. Am 4. August 1914 trat sie von ihrer historischen Rolle als Vorhut des proletarischen Befreiungskampfes zurück. Aber es war keine Katastrophe, mit der dieser Rücktritt erfolgte, sondern es war das natürliche Ende einer politischen Bewegung, deren Untergang längst vorbereitet war. Als historische Klassenkampfpartei hatte sie ihre historische Laufbahn begonnen...Ihr Werk endete mit der Solidaritätserklärung zwischen den offiziellen Führern der Partei und den Trägern der staatlichen Macht; es endete mit dem Sieg des Burgfriedens über den Klassenkampf, der Bureaucratie über die Demokratie, des Sozialpatriotismus und Sozialimperialismus über den Sozialismus, des Nationalismus über den Internationalismus.“¹¹

Schon am 11. November 1916 zog die „Arbeiterpolitik“ eine erste Bilanz – im zehnten Monat nach der ersten öffentlichen Ablehnung der Kriegskredite durch „die Opposition des Parteizentrums“ und sieben Monate nach der Konstituierung zu einer selbständigen Fraktion als „Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft“ (24. März 1916), welche die Frage nach „einer klaren, schlagkräftigen, aktionsfähigen und zum Handeln entschlossenen Partei“ und den „Aufgaben eines neuen Jugendorgans“ neu stellte¹². Unter dem Titel „Ein Schulbeispiel“ werden dabei die „Parteivorgänge in Bremen“ einer genauen Betrachtung unterzogen, weil sie weit über die Grenzen der Stadt hinaus ein Interesse beanspruchten:

„In ihnen spiegeln sich die allgemeinen Parteiverhältnisse in allen ihren Abstufungen am getreulichsten wider. Bremen galt seit vielen Jahren als Hochburg des Radikalismus. Hier wirkte Pannekoek als wissenschaftliche Lehrkraft der Partei und Gewerkschaften, während Radek als Hauptmitarbeiter der ‚Bremer Bürger-Zeitung‘ deren politische und

¹⁰ Arbeiterpolitik, 1.Jg., Nr. 21, 11.11.1916, Neudruck 1975, S.163. In Ergänzung zu der in der ersten Auflage von Doris Kachulle zitierten Literatur, vor allem zu den wichtigen Arbeiten von Karl-Ernst Moring (1968) und Erhard Lucas (1969) verweisen wir auf Gerhard Engels Einleitung zu dem unveränderten Neudruck der „Arbeiterpolitik“ vom 24.6. 1916 bis 8.3.1919, Band 1 und 2, Leipzig 1975, S. III-XVII; dazu auch Gerhard Engel, Die politisch-ideologische Entwicklung Johann Kniefs (1880-1919), Berlin 1967; Die Bremer Linksradiakalen. Aus der Geschichte der Bremer Arbeiterbewegung bis 1920. hrsg. von der Gruppe Arbeiterpolitik, Bremen 1979, (2. Auflage); Aufstieg und Niedergang der Bremer Bürger-Zeitung. Zur Entwicklung der Sozialdemokratie im Spiegel ihrer Presse, hrsg. von der Gruppe Arbeiterpolitik, Bremen 1978; Frank Neumann, Sozialdemokratische Bildungspolitik im wilhelminischen Deutschland. Heinrich Schulz und die Entstehung der „Mannheimer Leitsätze“, Bremen 1982; Hansgeorg Conert, Reformismus und Radikalismus in der bremischen Sozialdemokratie vor 1914. Die Herausbildung der ‚Bremer Linken‘ zwischen 1904 und 1914, Bremen 1985; Peter Kuckuk, Bremen in der Deutschen Revolution 1918/1919. Revolution. Räterepublik. Restauration, Bremen 1986; derselbe, Syndikalismus und Kommunistische Arbeiterpartei in Bremen in der Anfangsphase der Weimarer Republik, in: Archiv für die Geschichte des Widerstands und der Arbeit, Fernwald 1996, Nr. 14, S.15-66; Jens Becker, Heinrich Brandler. Eine politische Biographie, Hamburg 2001. In dem Buch zur Fernsehserie „Der Erste Weltkrieg“, Berlin 2004, werden auf den Seiten 169 bis 194 mehrere Briefe der Pöhlands zitiert, auf Seite 193 der letzte handschriftliche Brief Annas vom 30.10 1916 als Faksimile.

¹¹ Arbeiterpolitik. Wochenschrift für wissenschaftlichen Sozialismus, 1.Jg., Nr.1, 24. Juni 1916; unveränderte Neudruck Leipzig 1975, S.1

¹² Arbeiterpolitik, 1.Jg., Nr.21, 11.11.1916, S.161ff.

taktische Haltung festlegte. Hier wurde der Kampf gegen den Revisionismus mit seltener Härte geführt, so dass lange vor dem Kriege die bremische Parteiorganisation in zwei feindliche Lager gespalten war.“¹³

Beide Pöhlands waren als Sozialdemokraten an den Auseinandersetzungen zwischen dem reformistischen und radikalen Flügel der bremischen Sozialdemokratie als Repräsentanten der „Bremer Linken“ aktiv beteiligt. Die letzte Etappe, die 1916 zur Spaltung innerhalb des Lagers der Bremer Linksradikalen führte, fand ohne Robert Pöhland statt, der im Juni 1916 gezwungen wurde, den feldgrauen Rock anzuziehen, während seine Frau an diesen Auseinandersetzungen bis zu ihrem Tode am 26. Februar 1919 direkt und engagiert beteiligt blieb. Im Briefwechsel der Pöhlands spiegeln sich die Konflikte und Richtungskämpfe wider, insbesondere die Parteidifferenzen innerhalb des linken Lagers seit der Artikelserie vom März 1916 in der „Bremer Bürger-Zeitung“ (BBZ) über das Verhältnis von Sozialismus und Sozialimperialismus, über Taktik und Strategie des Linksradikalismus. Der vom politischen Redakteur Johann Knief in der „Bremer Bürger-Zeitung“ vertretenen Auffassung der „Unvermeidbarkeit der Spaltung“ der Sozialdemokratie¹⁴ folgte Anna Pöhland - zusehends gegen den Widerstand ihres Mannes. Am 3. Juni 1916 ermahnte Robert seine „liebe kampfesmutige Frau“, in den Fragen des Bremer Parteistreits nicht so unreflektiert Knief, Fölich, Radek oder Dannat zu folgen. „Mir schon ein fertiges Urteil über Henke bilden wie Du, dazu kann ich mich auf keinen Fall verstehen. Erst muss Henke die Möglichkeit gegeben werden, seinen Standpunkt klarlegen zu können, ehe man den Stab über ihn bricht. Deshalb kann ich auch auf keinen Fall Deinen Schlagwörtern recht geben...“ Um Henkes Taktik des Hinhaltens zu rechtfertigen, schrieb er am 15. Juni 1916 an seine Frau: „Lese einmal nach, was Bebel 1903 auf dem Dresdener Parteitag sagte, als er so scharf mit den Heine, Braun, Bernhard und Bernstein abrechnete. Er sagte, dass er schon seit Jahren diese Abrechnung halten wollte, hätte sie aber aufgeschoben, um nicht ihren Erfolg für uns bei den Reichstagswahlen zu gefährden. Du weißt, welchen Erfolg wir 1903 hatten, und gleich darauf kam dann diese scharfe Trennung zwischen Revisionismus und Radikalismus“. Als Robert Pöhland endlich am 17. Juli 1916 die lange erwartete Gelegenheit erhielt, die erste Nummer der „Arbeiterpolitik“ durchzulesen, notierte er: „Im großen und ganzen war ich mit den Artikeln zufrieden, nur wünschte ich, dass man vorläufig den Kampf gegen die ‚Arbeitsgemeinschaft‘ einstellte.“ Gemeint ist hier die „Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft“ der 18 SPD-Reichstagsabgeordneten um Hugo Haase und Alfred Henke, die am 24. März 1916 wegen der Verweigerung, der fünften Kriegskreditvorlage zuzustimmen, aus der Fraktion ausgeschlossen worden waren. Und am 19. Oktober 1916 schrieb der vom Granatfeuer in der Schlacht an der Somme zermürbte, „totunglückliche

¹³ Dieselbe, S. 163f.

¹⁴ Vgl. BBZ, 15.5. 1916

Robert“ aus seinem Unterstand in einer Erdhöhle unter der Kirchhofmauer der „herzinniggeliebten teuersten Frau“: „Die Artikel, die Genosse Henke über die Reichskonferenz (der Linken in Berlin, J.W.) schrieb, gefielen mir auch. Ich bin mit ihm einer Meinung, wenn er die Kritik der ‚Arbeiterpolitik‘ kritisiert. Denn warum nun ‚Spaltung auf jeden Fall‘? Mir dünkt, es wäre viel besser, wenn man die Arbeitsgemeinschaft unterstützte im Kampf gegen die Mehrheitspolitiker, anstatt sie immer wieder zu bekämpfen. Hattest Du denn nicht auch das Empfinden, dass Käte Duncker sehr geschickt und mutig unsere Interessen vertrat? Und doch muss sie bekämpft werden...Ein Glück, dass ich die Bürger-Zeitung immer noch erhalte.“ Käte Duncker hatte im September 1916 auf der Reichskonferenz in Berlin im Namen der Spartakusgruppe das Eintreten der Ebert-Leute für Liebknecht als „Verrat an der Sache“ kritisiert. Damit hatte sie aus Sicht der „Arbeiterpolitik“ Verwirrung im Prozess der Klärung zwischen Linksradiكالen und Zentrum gestiftet und einen unzweideutigen Standpunkt in der Landesverteidigung verhindert.¹⁵

Der Maurer Robert Pöhland, der erstaunlich gebildete Autodidakt und belesene Marxist, blieb im Gegensatz zu seiner gut informierten, lebensklugen Frau bis zu seinem „Heldentod“ im Oktober 1916 Anhänger Alfred Henkes, des Zigarrenarbeiters, der 1906 Nachfolger des Lehrers Heinrich Schulz als Chefredakteur der BBZ geworden war und die Bremer Linke im Reichstag von 1912 bis 1918 vertrat. Es ist davon auszugehen, dass er mit den in den Briefen der Pöhlands mehrfach zitierten Freunden wie dem Bauhilfsarbeiter Fritz Franck, dem Maurer Albert Götze, dem Polsterer Arthur Haupt, dem Graveur und Leiter der Parteibuchhandlung Karl Klawitter, dem Schuhmacher Adam Frasunkiewicz oder der Buchhalterin, Absolventin der Berliner Parteischule und späteren Ehefrau von Wilhelm Kaisen, Helene Schweida, im Mai 1917 der von Henke gegründeten Bremer Ortsgruppe der USPD beigetreten wäre. Dass auch Rosa Luxemburg, Franz Mehring und die beiden Duncker der Linie von Henke folgten und sich wie dieser der USPD anschlossen, verdient Erwähnung und zwingt zur Erläuterung. Auch die später zur USPD-Richtung gehörenden Sozialisten Gustav Eckstein, Rudolf Hilferding, Karl Kautsky und Kurt Eisner verfassten weiter Artikel für die BBZ

Dagegen zählte Anna Pöhland von Anfang an zur Gruppe um den Former Adolf Dannat, den Schlachter Hans Brodmerkel, den Handlungsgehilfen Paul Frölich und den einstigen Lehrer Johann Knief, den neuen geistigen und organisatorischen Führer der linksradikalen Mehrheit, die am ersten. Dezember 1916 eine Beitragssperre gegenüber dem Berliner Parteivorstand beschloss, sich am 23 November 1918 in „Internationale Kommunisten Deutschlands (IKD) umbenannte und Ende Dezember 1918 gegen einige Mitglieder der Spartakusgruppe um Rosa Luxemburg und Leo Jogiches die Trennung von der USPD und

¹⁵ vgl. die Berichte zur Parteikonferenz über Sozialpatriotismus, Zentrum und Parteiopposition in: Arbeiterpolitik, 1.Jg., Nr.15 18, 30.9.1916- 21.10 1916, S. 113-144 ; zur Rede von Käte Duncker siehe Anmerkung 2 zum Brief vom 4.10 1916

die Gründung der KPD (Spartakusbund) durchsetzte und sich weigerte, an den Wahlen zur Nationalversammlung teilzunehmen. Diese Schritte vollzogen mit ihnen in Bremen u.a. Käte Ahrens, Gesine und Karl Becker, Elise Kesselbeck, Berta Dannat, Wilhelm Buchholz, Karl und Wilhelm Eildermann und Karl Jannack. Bis Ende 1918 gab es keine Stadt in Deutschland, in der die Organisationen des revolutionären Marxismus eine vergleichbar starke Basis besaßen wie die Linksradiكالen in Bremen. Das war u.a. das Ergebnis des Aufbaues eines Vertrauensmännersystems auf den Werften wie der Präsenz ihrer Funktionäre innerhalb der offiziellen Parteiorganisation der Sozialdemokratie. Von der Spartakusgruppe unterschied sich die rund 500 Mitglieder umfassende Gruppe der Bremer Linken um die „Arbeiterpolitik“¹⁶ dadurch, dass sie das Recht auf „Vaterlandsverteidigung“ in einem Krieg ablehnten, der aus ihrer Sicht ein aus den spezifisch imperialistischen Widersprüchen erwachsener Konflikt war. Außerdem verweigerten sie aus prinzipiellen Gründen jegliches organisatorische Zusammenwirken mit der zentristischen USPD. In der Bürokratie der alten Arbeiterorganisationen, vor allem in den Gewerkschaften, erkannten sie den Kern des Opportunismus in der deutschen Arbeiterbewegung und plädierten deshalb für eine neue „gewerkschaftlich-politische Einheitsorganisation“. Durch die frühe Zusammenarbeit mit Lenin, Bucharin und Radek suchten sie schon vor der Februarrevolution von 1917 die Nähe zur bolschewistischen Richtung der russischen Sozialdemokratie und identifizierten sich mit dem bolschewistischen Revolutionsmodell.¹⁷

Die Ausgangsbedingungen für das Wirken der Pöhlands in einer von Flügelkämpfen geprägten Organisation

Warum haben die Eheleute Pöhland, besonders Robert, so lange die Spaltung, das „Schandblatt in der Geschichte der Sozialdemokratie“¹⁸ zu verhindern versucht? Sie bekämpften auch im Krieg das Parteizentrum um Friedrich Ebert und Philipp Scheidemann und beklagten das Vorgehen der „Mehrheitsanhänger“ im Reichstag. „Der Geldprotz Ballin, Hamburg, hat es richtig ausgedrückt, wie jetzt die Parole heiÙe, nämlich: ‘Durchhalten, aushalten und Maul halten’. Es wird wohl bald noch richtiger heißen: Maul zu binden“¹⁹. Nach der im Juni 1916 von den Linksradiكالen in Bremen veranstalteten Demonstration gegen die Verurteilung von Karl Liebknecht zu einer mehrjährigen Zuchthausstrafe beglückwünschte Robert seine Anna: „Meine vollste Anerkennung muss ich Euch für Eure mutige Tat aussprechen...12 Milliarden sind wieder

¹⁶ Wir folgen hier den bei Kuckuk, 1986, S. 32 angegebenen Zahlen und Einschätzungen, auch wenn die Bremer Polizeidirektion die Stärke lediglich auf „einige 80 Köpfe“ bezifferte.

¹⁷ Vgl. neben den Arbeiten von Gerhard Engel die eindrucksvolle Studie von Hansgeorg Conert, über Reformismus und Radikalismus, 1985, S. 387-399; Peter Kuckuk, Bremen in der Deutschen Revolution, 1986, S. 26-33. Kritisch dazu in Auseinandersetzung mit Engel: G. Mergner, Johannes Knief und seine Region, in: Archiv für die Geschichte des Widerstands und der Arbeit, Berlin 1980, Nr.1, S. 85-117

¹⁸ Diese Formulierung benutzt Robert Pöhland im. Brief vom 26. März 1916

¹⁹ So Robert Pöhland im Brief . vom 11.9. 1916

bewilligt, ...'Entrüstungsreden' sind im Reichstag genug gehalten worden...Man möchte sich fragen: Wie ist solches nur möglich? Ich habe nur die Erklärung dafür, dass wir zu wenig Sozialdemokraten in der ‚großen Millionenpartei‘ haben“²⁰. Und immer wieder wiederholt Robert Pöhland die scharfe Kritik an den „Scheidemännern“: „Solange ein Scheidemann, Ebert, Müller, Braun und Legien über unsere Geschicke zu entscheiden haben, ist an eine mutige Aktion nicht zu denken“²¹.

Friedrich Ebert gehörte zu den Personen in der Sozialdemokratie Bremens, die weit über den lokalen Rahmen hinaus Einfluss erlangten. Gerade in der Auseinandersetzung mit ihm gewannen die „Bremer Linken“ seit 1902 politische Bedeutung. Sie bestimmten noch in Eberts Bremer Jahren die Jugend- und Bildungspolitik und die Presskommission der „Bremer Bürger-Zeitung“ im Ortsverein der bremischen Sozialdemokratie (SDVB), so dass sich der reformistische Flügel im Sozialdemokratischen Verein gezwungen sah, 1906 den Bezirksverband „Nordwest“ zu gründen, um über die Bezirksparteitage die Linksradiكالen in Bremen mit Hilfe der Gewerkschaften, des Arbeitersekretariats und der Konsumbewegung zu schwächen. Neben Ebert prägten sein Nachfolger als Fraktionsvorsitzender der Bremer Bürgerschaft, Hermann Rhein, und Carl Winkelmann, Vorsitzender des in Bremen angesiedelten Zentralvorstandes des Böttcherverbandes, neben dem Parteisekretär Johann Wellmann und dem Reichstagsabgeordneten und Vorsitzenden des Zentralvorstandes des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes (Sitz Bremen), Karl Deichmann, den reformistischen Flügel, der ab Anfang Januar 1916 mit der „Bremischen Correspondenz“ ein Gegenorgan zur „Bremer Bürger-Zeitung“ herausgab.

Wie ist es zu erklären, dass die äußerste Linke in der deutschen Sozialdemokratie gerade in Bremen nach 1903 eine solche Anhängerschaft gewinnen konnte, angeführt vom ersten hauptamtlichen Parteisekretär Wilhelm Pieck und den Linken um Alfred Henke, Heinrich Schulz, Johann Knief und Heinrich Brandler? Und das neben den Werftarbeitern auch und gerade die Maurer und Bauarbeiter, zu denen Robert Pöhland gehörte, als stärkste Gruppe unter der Mitgliedschaft der SDVB vertreten waren. Folgt man den statistischen Angaben der Jahresberichte des SDVB dann stellten sie z. B. 1906/07 mit fast 2000 Mitgliedern die weitaus größte Gruppe unter den 9173 Mitgliedern der Bremer Sozialdemokratie. Als Vorsitzender der Zahlstelle des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes und Mitglied im Vorstand des Gewerkschaftskartells konnte Pieck lediglich auf 190 organisierte Holzarbeiter im SDVB zurückgreifen, während der Geschäftsführer des Deutschen Metallarbeiterverbandes und Repräsentant des reformistischen Flügels, Friedrich Peine, zum gleiche Zeitpunkt 303 Metallarbeiter zu den SPD-Mitgliedern zählte. Die Hafendarbeiter stellten 582 der 9173 Mitglieder des SDVB, von denen 7845 als Arbeiter, 630 als selbständige Gewerbetreibende und 479 als weibliche Mitglieder

²⁰ Brief vom 18.6.1916

²¹ Brief vom 25.8.1916

ausgewiesen wurden. Fast die Hälfte der Mitglieder hatte ein Lebensalter von unter 30 Jahren. Rund 80 Prozent von ihnen waren gewerkschaftlich organisiert.²² Hinzuzufügen bleibt, dass in Bremen im Jahre 1905 lediglich 17.732 Bürger (Klasse 4) wahlberechtigt waren und die SPD davon bei der Bürgerschaftswahl 40,5 Prozent der Stimmen gewann, in der Klasse 8 gar 51,7 Prozent. Die „Bremer Bürger-Zeitung“ hatte zu diesem Zeitpunkt schon mehr als 10.000 Abonnenten. 1913 stieg die Auflage auf 22.500 Exemplare. Die Bevölkerung wuchs in Bremen von etwa 125.000 im Jahre 1890 auf 250.000 im Jahre 1910, vor allem durch die Industrialisierung in den Arbeitervorstädten Walle, Gröpelingen, Woltmershausen und Hastedt.²³

Folgt man dem von Friedrich Ebert als Arbeitersekretär zusammengestellten „Ergebnis einer statistischen Erhebung über die Lebensverhältnisse der bremischen Arbeiter“ von 1902, dann verdiente Robert Pöhland als Maurer durchschnittlich 31,43 Mark in der 50-Stundenwoche. Er gehörte damit zu den Spitzenverdienern. Mit 25,48 Mark erhielt der Former Adolf Dannat in der Werftindustrie einen deutlich niedrigeren Lohn und hatte dafür auch noch 60 Stunden zu arbeiten. Anna Pöhland musste sich als Dienstmädchen mit lediglich 8,86 Mark Wochenlohn bei 63 Stunden zufrieden geben. Ihr Austragen von Zeitungen wurde noch schlechter entlohnt.²⁴

Damit sind einige Voraussetzungen dafür genannt, dass „eine radikalere Luft in der Partei zu wehen begann“, wie Heinrich Brandler festhielt, als er 1904 seine Tätigkeit in Bremen begann.²⁵ Der Modernisierungsprozess im industriellen Sektor, insbesondere in der Werftindustrie, verstärkte die „Fundamentalpolitisierung“ in der Arbeiterbewegung, deren Gewerkschaftskartell 1904 15471 Mitglieder in Bremen nachweisen konnte, von denen ein Drittel politisch in der Sozialdemokratie organisiert war.²⁶ Wie Robert Pöhland geriet der durch einen Arbeitsunfall verkrüppelte Maurer und Fliesenleger Heinrich Brandler schnell in Konflikte mit den hauptamtlichen Sekretären des Maurerverbandes in Bremen und beim Berliner Zentralvorstand unter August Winnig und Robert Schmidt, die ihn durch Denunziationen zu isolieren hofften. Für „den unsicheren Kantonisten“ und Anführer der Verbandsopposition, der angeblich wegen seiner politischen Aktivitäten als „lästiger Ausländer“ aus Hamburg ausgewiesen worden sei, ergriff die BBZ am 12. Oktober 1906 „Partei für ihren Schützling“, der erst im Revisionsverfahren von der Verurteilung zu einer Gefängnisstrafe in Folge einer Denunziation aus den Reihen des Bremer Bauarbeiterverbandes freigesprochen wurde.²⁷ Brandler geriet im Zuge der Maiaussperrungen von 1907 erneut in Schwierigkeiten mit der Gewerkschaftsspitze, weil

²² Vgl. den ersten von Wilhelm Pieck vorgelegten Jahresbericht des SDVB von 1906/07, zitiert nach Hansgeorg Conert, Reformismus und Radikalismus in der bremischen Sozialdemokratie, Bremen 1985, S. 62-65.

²³ Vgl. zu den Angaben die Jahrbücher der bremischen Statistik, Jg. 1891 und Jg. 1912, S. 21f; und Karl-Ernst Moring, Die Sozialdemokratische Partei in Bremen 1890-1914, Hannover 1968, S. 12, 220ff.

²⁴ Ergebnis einer statistischen Erhebung der Lebensverhältnisse der bremischen Arbeiter, bearbeitet vom Arbeiter-Sekretariat Bremen und Umgebung, Bremen (Selbstverlag) 1902, S. 11ff.

²⁵ Zitiert nach Jens Becker, Heinrich Brandler, Hamburg 2001, S.28

²⁶ Vgl. Moring, 1968, S.221

²⁷ Dazu Jens Becker, 2001, S.32f.

er sich mit Karl Liebknecht für eine Politisierung der Jugendarbeit einsetzte. Aufgabe sozialistischer Jugenderziehung sei es, so Brandler am 30 Juni 1908 in Übereinstimmung mit den Pöhlands in der BBZ, Jugendliche zu „tüchtigen Klassenkämpfern“ zu erziehen.²⁸ Mit Alfred Henke und Wilhelm Pieck wurde Heinrich Brandler gegen die Vertreter des reformistischen Flügels (Hermann Rhein und Carl Winkelmann) zum Delegierten für den Parteitag in Nürnberg (13-19.9.1908) gewählt, der über die Autonomie in der Jugendfrage und über die Ausbildungsziele der von Heinrich Schulz geleiteten SPD-Parteischule in Berlin zu entscheiden hatte. Den von Karl Liebknecht und Alfred Henke verteidigten Kompromisscharakter der Nürnberger Beschlüsse von 1908 konnte Brandler nicht teilen. Er folgte dem Ruf der proletarischen Autodidakten Fritz Heckert und Robert Siewert nach Zürich und verließ Bremen, bevor er 1912 mit Heckert als hauptamtlicher Sekretär im Bauarbeiterverband nach Chemnitz zurückkehrte und von dort den Kontakt zu den Bremer Linken erneut aufnahm, ohne deren Konzept der Arbeiterunionsen als neue Einheitsorganisation der Gewerkschaften zu teilen.²⁹

Gemeinsam mit den Pöhlands hatte Heinrich Brandler in Bremen Friedrich Ebert, Heinrich Schulz, Alfred Henke, Anton Pannekoek, Karl Radek, Johann Knief, Paul Frölich und Wilhelm Pieck kennen gelernt. Zusammen mit ihnen gewann der Kampf um „Sozialreform oder Revolution“ (Rosa Luxemburg) eine neue Qualität, die ab 1905 in der Frage um die Einheit von Theorie und Praxis am Beispiel von Massenstreik und Gewerkschaften zu jahrelangen Auseinandersetzungen der bremischen Sozialdemokratie mit den Funktionären in den Gewerkschaften führte. Und weil es der Bremer Partei nicht mehr allein um die Verbesserung der Lebenslage der Arbeiter ging, sondern auch um die Durchsetzung der sozialistischen Gesellschaftsordnung, gewann die Jugend- und Bildungsfrage eine herausragende Bedeutung. Sie kulminierte schon 1905 in der Goethebunddebatte, die mit dem Sieg von Heinrich Schulz, Alfred Henke, Heinrich Brandler und Wilhelm Pieck über den Kreis um Friedrich Ebert endete. Der seit 1891 in Bremen lebende Sattler und Geschäftsführer des Arbeitersekretariats, Friedrich Ebert, der dem Vorstand des SDVB und der Bürgerschaft angehörte, wurde 1905 zu einem der Sekretäre in den Parteivorstand gewählt und ging nach Berlin. Ein Jahr später folgte ihm der Bremer Schul- und Bildungspolitiker Heinrich Schulz als hauptamtlicher Sekretär des bei dem Parteivorstand eingerichteten Bildungsausschusses und als Leiter der Parteischule. Der seit 1896 in Bremen wohnende Wilhelm Pieck, vor seiner Wahl zum Bremer Parteisekretär auch Mitglied der Bürgerschaft und mehrfach Parteitagsdelegierter, ging, nachdem er den Lehrgang der Parteischule erfolgreich abgeschlossen hatte, ebenfalls 1910 nach Berlin – als zweiter Sekretär des zentralen Bildungsausschusses der SPD. Heinrich Schulz und Wilhelm Pieck hatten mit Rosa Luxemburg und Heinrich Brandler seit längerem gegen Max Maurenbrecher und Kurt Eisner und andere der

²⁸ Heinrich Brandler, Gewerkschaften und Jugenderziehung, in :BBZ, Nr.139, 30.6.1908

²⁹ Vgl. Die Bremer Linksradikalen, hrsg. von der Gruppe Arbeiterpolitik, 1979, S. 56ff.

„gebildeten Genossen aus dem bürgerlichen Lager“ polemisiert, die „den Massen eine Unsumme von Einzelheiten beibringen“ wollen.³⁰ Ihr Plädoyer für eine autonome Bildungsarbeit der Arbeiterbewegung ging von Bremen aus und gewann hier eine hohe Akzeptanz. Diesem Wendepunkt in der Entwicklung der Bremer Sozialdemokratie nachzugehen und aus der Sicht der Pöhlands darzustellen, gilt deshalb der folgende Abschnitt.

**„Jeden Abend unterwegs nach Versammlungen, Sitzungen und drgl. ...“
Zur Bedeutung der Kultur- und Bildungsarbeit für die persönliche und politische Entwicklung der Pöhlands.**

„Heute las ich einen Brief, den Pannekoek dem Henke schreibt, er steht in der Bürger-Zeitung. Man wird an die schöne Zeit erinnert, wo wir beide des Abends hingingen, um uns Wissen anzueignen. Ach, mein Liebster, sollte noch einmal eine bessere Zeit kommen?“

Das schrieb Anna Pöhland ihrem „innig geliebten, armen Mann“ am 24. Oktober 1916 zu einem Zeitpunkt aus Bremen, als Robert schon das Opfer eines Granatenangriffs geworden war. Die bessere Zeit sollte auch für Anna nicht wiederkehren. Gemeinsam hatten sie im Januar und Februar 1905 mit über 1000 Genossen an der von Heinrich Schulz eingeleiteten lebhaften Diskussion über das Thema „Kunst, Wissenschaft und Klassenkampf“ teilgenommen, „die sich über drei Abende fort spann und unter steigender Teilnahme der Parteigenossen teilweise bis nach 1 Uhr nachts währte“. So der erste Jahresbericht des Bildungsausschusses des Gewerkschaftskartells von 1905/06.³¹ Es handelte sich dabei um den Goethebund-Streit, der als Richtungskontroverse einen wichtigen Einschnitt in der politischen Entwicklung der Bremer Sozialdemokratie darstellte. Er endete mit der Loslösung von der bürgerlichen Goethebund-Bewegung und führte zum ersten autonomen Arbeiterbildungsverein in Deutschland, der zugleich Modell für den Zentralbildungsausschuss der SPD in Berlin wurde. Anlass zu dem Angriff auf die Mitgliedschaft von Gewerkschaftern im Goethebund gab ein Vortrag des „Kathedersozialisten“ und Vorsitzenden des „Vereins für Socialpolitik“, Werner Sombart, über die Marxsche Geschichtsauffassung, der nach Meinung des BBZ - Chefredakteurs Heinrich Schulz Verwirrung in die Reihen der Arbeiter getragen hatte.³² Nachdem die „klassenbewusste Arbeiterschaft aus eigener Kraft zweckentsprechende Organisationen“

³⁰ So Brandler auf dem SPD-Parteitag 1908, in: Protokoll über die Verhandlungen vom 13. bis 19.9.1908, Berlin 1908, S. 227ff. Ähnlich Rosa Luxemburg in Nürnberg in ihrer Funktion als damalige Lehrerin an der SPD Parteischule, nachgedruckt in: Rosa Luxemburg, Gesammelte Werke, Berlin 2004 (6. Auflage), Bd. 2, S.254-256.

³¹ Jahresbericht des Bildungsausschusses des Gewerkschaftskartells, Bremen 1906, S. 3 Dazu auch Frank Neumann, Sozialdemokratische Bildungspolitik im wilhelminischen Deutschland. Heinrich Schulz und die Entstehung der „Mannheimer Leitsätze“, Bremen 1982, S. 316-360; Conert, 1985, S. 47 ff.

³² Vgl. dazu die Artikelserie von Heinrich Schulz in der BBZ vom 13. bis 15.1.1905, an deren Schluss die Forderung stand: „Die klassenbewussten Arbeiter Bremens müssen dem Goethebunde den Rücken kehren und sich auch in Bezug auf ihre künstlerischen Bedürfnisse auf ihre eigene organisatorische Kraft verlassen“.

aufgebaut hatte, „um den Wissensdrang der Arbeiter zu befriedigen und in die richtigen Bahnen zu leiten“, wie es in der von Schulz und Henke eingebrachten und gegen eine Stimme, die von Ebert, verabschiedeten Resolution heißt, ging es darum, diese Bildungskonzeption in die Praxis des neuen, von Heinrich Schulz und Wilhelm Pieck geleiteten Bildungsausschusses von Gewerkschaftskartell und SDVB umzusetzen und dafür Interesse bei den Arbeitern zu wecken. In dem Briefwechsel der Pöhlands wird immer wieder an Veranstaltungen des Bildungsausschusses erinnert, die nicht erst 1910 mit der Anstellung des marxistischen Theoretikers Anton Pannekoek zum ersten hauptamtlichen wissenschaftlichen Lehrer des Gewerkschaftskartells und des SDVB und Berater der Arbeiterzentralbibliothek einsetzen. Mit einem Gehalt von stattlichen 4000 Mark ausgestattet, hatte Pannekoek eine Leistung von rund 150 Vortragsreihen, Diskussionsabenden und Kursen im Jahr in Bremen zu erbringen - eine erdrückende Arbeitsmasse, wie Karl Kautsky am 8. Dezember 1910 von Pannekoek erfuhr.³³ Pannekoeks marxistische Schulungskurse haben der Bremer Linken zahlreiche Kräfte zugeführt, nicht nur die persönlich eng mit ihm verbundenen Pöhlands oder Adolf Dannat, von dem handschriftliche Mitschriften von Pannekoeks Vorlesungen über „Religion und Sozialismus“(1905) und über „Klassenkampf und Nation“(1910) vorliegen.³⁴

Noch im Schützengraben erinnerte sich Robert Pöhland an Bildungsveranstaltungen mit Pannekoek. Und am 7. Juni 1916 empfahl er seinem Sohn, auf den 1907 in Bremen an acht Abenden durchgeführten Kursus über „Volkswirtschaftliche Grundbegriffe“ von Hermann Duncker zurück zu greifen, der als Leitfaden 1908 bei Dietz in Stuttgart gedruckt worden war und zu seinem persönlichen Buchbesitz zählte. Immer wieder ist in seinen Briefen von Bremer Vorträgen von Alfred Henke, Paul Frölich, Franz Mehring, Käte und Hermann Duncker, Emil Sonnemann, Robert Leinert, Heinrich Brandler und Karl Radek die Rede, an die er seine Frau und seinen ältesten Sohn erinnerte.³⁵ „Jeden Abend unterwegs nach Versammlungen, Sitzungen und dergl...“ heißt es im Brief vom 12.7.1916. Das bedeutete für beide Pöhlands nicht nur Teilnahme an Parteiversammlungen, sondern Fortbildung im Bildungsausschuss, Theaterabende und Besuche in der Kunsthalle wie auch und vor allem der Arbeiterzentralbibliothek. Schon im ersten Jahr nach der Gründung des Bildungsausschusses kamen nach Pannekoeks Eröffnungsvorlesung vom 14. September 1905 über „Religion und Sozialismus“ mit ungefähr 1000 Teilnehmern bis zum März 1906 zu Wort: der Reichstagsabgeordnete und

³³ IISG, Amsterdam, Nachlass Kautsky, D XVIII 372, zitiert nach Conert, 1985, S.235; zu Pannekoeks Wirken in Bremen und zum Streit um sein Gehalt, das die umstrittenen Höhe des Jahresgehalts des von Pöhland bekämpften Verbandsvorsitzenden des Deutschen Bauarbeiterverbands, Paepfow, mit 4200 Mark erreichte, Conert, 1985, S. 226-383.

³⁴ Kopien aus dem Nachlass von Dannat im Besitz des Autors

³⁵ Briefe vom 24.10, 5.11 bis 7.11. 1915, vom 15.3, 17.7,21.8, 4.10, 8.10, 16.10. 1916., einmal ganz abgesehen von den vielfältigen Lesefrüchten und der ausführlichen Zeitungslektüre (vgl. u.a. 11.9.1915, 14.4.,27.4., 14.5.1916).

Schriftsteller Prof. Dr. Hugo Lindemann, die Redakteure und Bildungsarbeiter Max Quarck, Max Grunewald und Max Maurenbrecher. Daneben organisierte der Bildungsausschuss eine Schillerfeier im Casino, einen Goethe-Abend und eine Mozart-Feier zum 150. Geburtstag – neben dem Angebot zum Besuch von fünf Vorstellungen im Stadttheater.³⁶ Im folgenden Jahr wurden Karl Kautsky, Karl Liebknecht, Rosa Luxemburg und Hermann Duncker zu Vorträgen eingeladen. Nach der Einstellung Pannekoeks als wissenschaftlicher Lehrer veröffentlichte das Gewerkschaftskartell für 1911/12 einen umfangreichen Arbeitsplan u.a. mit einem Vortragszyklus von Louise Zietz zur Frauenfrage und von Emil Eichhorn zu den bürgerlichen Parteien. Dazu kamen vier zentrale Kursreihen von Anton Pannekoek - mit jeweils 25 Abenden und einer aus pädagogischen Gründen auf 25 Interessenten beschränkten Teilnehmerzahl - zum „Erfurter Programm“, zu „Marx` ökonomischen Lehren“, zu Problemen der Rechtspolitik und zu „Syndikalismus und die sozialdemokratische Taktik“. Die „Bremer Bürger-Zeitung“ resümierte im August 1912: „Wenn auch der Kreis der Genossen, die durch ihren eifrigen und ausdauernden Besuch der Kurse die vollen Früchte davon pflückten, relativ klein ist, glauben wir doch mit Zuversicht behaupten zu können, dass die Vertiefung des sozialistischen Wissens gerade bei den voranstehenden Genossen der Bewegung zum Vorteil gereichen wird“³⁷

Auf diese Weise bestimmten die Hauptrepräsentanten des radikalen marxistischen Flügels im SDVB und ihre wenigen Anhänger im Gewerkschaftskartell über die Bildungsarbeit die politische Ausrichtung des Ortsvereins. Es gelang ihnen, durch diese Tätigkeit zahlreiche Anhänger und Multiplikatoren für eine mehrheitsfähige Parteipolitik in Bremen zu gewinnen. Auf die Herausbildung der Linken gewann dabei der Zuzug auswärtiger Arbeiter und Intellektueller einen erheblichen Einfluss (z.B. Brandler, Pieck, Ebert, Radek, Pannekoek, Pöhland). Von nicht unerheblicher Bedeutung für die Linken war daneben die Entwicklung innerhalb der Bremer Lehrerschaft, die unter maßgeblicher Beteiligung von Wilhelm Holzmeier und Heinrich Eildermann 1905 eine Denkschrift zur Abschaffung des Religionsunterrichts in den Schulen veröffentlichte und eine Protestwelle initiierte, die im „Bremer Schulstreit“ einmündete.³⁸ Einige von ihnen wurden 1910 zusammen mit Christian Döring aus dem Schuldienst entlassen, weil sie August Bebel, „dem Führer des Proletariats“, zu seinem 70. Geburtstag ein Glückwunschtelegramm zugestellt hatten. 12.000 Menschen beteiligten sich am 14. März 1910 an einer von Pieck und Henke geleitete Massenkundgebung zur Unterstützung der sozialdemokratischen Lehrer. Johann Knief und Heinrich Schulz kamen aus dieser Gruppe von Lehrern, die dank einer pädagogischen Reformbewegung fortschrittlichen Ideen gegenüber offen war

³⁶ Erster Bericht des Bildungsausschusses, 1905/06, Verlauf der Veranstaltungen, S. 6f.

³⁷ BBZ, Nr. 178/23 vom 1.8.1912; vgl. auch den Jahresbericht des SDVB 1911/12.

³⁸ Vgl. Hansgeorg Conert, 1985, S. 188-211.

und auf staatliche Repression empfindlich reagierte. Beide waren freiwillig aus dem Schuldienst ausgeschieden, um Redakteure bei der BBZ zu werden.

Heinrich Schulz, neben Clara Zetkin bald der einflussreiche sozialdemokratische Schul- und Bildungspolitiker, übte schon seit der Jahrhundertwende einen maßgeblichen Einfluss auf die politische Orientierung der „Bremer Bürgerzeitung“ und auf die Kultur- und Bildungspolitik des SDVB aus. Beeinflusst von den radikalen Sozialisten Anton Pannekoek, Heinrich Brandler und Karl Radek, entwickelten die Bremer vor allem unter Alfred Henke und Johann Knief eine auf praktische Wirkung fokussierte Politik, die sich neben der Protestbewegung gegen die Entlassung von vier sozialdemokratischen Lehrern aus dem Schuldienst vor allem in der Unterstützung des Werftarbeiterstreiks von 1913 und in einer geplanten Straßendemonstration gegen den Krieg im August 1914 niederschlug. In der innerparteilichen Debatte zwischen Revisionisten, Zentrum und Linken fanden sie sich auf der Seite der Letzteren. Der antikapitalistischen „Ermattungsstrategie“ von Karl Kautsky stellte Anton Pannekoek in einer Artikelserie für „Die Neue Zeit“ und die BBZ das Konzept des politischen Massenstreiks entgegen.³⁹ Spätestens der Krieg, so hoffte er, werde - gestützt auf die Stimmung der Bremer Werftarbeiter - für die Masse der Bremer Arbeiterschaft das Signal zur revolutionären Erhebung sein.⁴⁰

Die Pöhlands blieben bis zu ihrem Tode Schüler und Mitstreiter von Anton Pannekoek. Davon zeugen u.a. zwei bislang unveröffentlichte Briefe aus den Jahren 1911 und 1912/13.

Der undatierte Brief von Pannekoek an Robert Pöhland beschäftigt sich mit der Göppinger Affaire um Karl Radek und August Thalheimer, dem damaligen Chefredakteur der „Freien Volkszeitung“ in Göppingen. Henke hatte sich mit der „Bremer Bürger-Zeitung“ in diesen Konflikt zwischen dem Parteivorstand in Berlin und der Göppinger Zeitungsdruckerei, die den linksradikalen August Thalheimer entlassen sollte, dadurch eingemischt, dass er Karl Radek am 1. Juni 1912 einen Leitartikel schreiben ließ: „Ein Parteiskandal“, so Radek, sei es, weil der Parteivorstand in Göppingen eine linksradikale Minorität vergewaltigte.⁴¹ Radek verlor seine Mitgliedschaft nicht nur in der deutschen, sondern auch in der polnischen Sozialdemokratie durch ein Parteiordnungsverfahren. Der Konflikt eskalierte, weil die Bremer Linke mit Hilfe von Knief und Pannekoek den ausgeschlossenen Radek in die Bremer Organisation als Mitglied aufnahm. Während Alfred Henke zusehends der Pressure des Parteivorstands zu erliegen drohte, leiteten Pannekoek und Knief eine im September 1912 eingesetzte Untersuchungskommission, die dazu führte, dass Vorstand und Mitgliederversammlung des Sozialdemokratischen Vereins Bremen im Februar 1913 es ablehnten, Radek aus der Mitgliederliste zu streichen. Erneut stellte sich die Bremer

³⁹ Anton Pannekoek, Massenaktion und Revolution, in: Die Neue Zeit, 1912, Bd.2, 30. Jg., S. 541ff, 585ff., 609ff.;vgl. auch BBZ vom 3.4., 9.5., 2.8., 27.8., 2.9.1913.

⁴⁰ So auf einer Mitgliederversammlung am 26.11. 1911 (BBZ, 22. und 27.9.1911; vgl. Moring, 1968, S.163.

⁴¹ Vgl. zum Fall Radek Karl-Ernst Moring, Die SPD in Bremen 1890-1914, Hannover 1968, S.176-200

Sozialdemokratie gegen den SPD-Parteivorstand. In dieser dramatischen Situation bat nun Anton Pannekoek Robert Pöhland, eine Resolution auf der Parteiversammlung des SDVB mit vorzubereiten und zu unterstützen, die ausdrücklich „das selbstverständliche Recht und die Pflicht eines Parteiorgans“ betonte, „Kritik zu üben an die Vorgänge der Partei, wo ihm das im Parteiinteresse nötig erscheint.“ Zugleich war er bemüht, Verständnis für Alfred Henke aufzubringen und ihn nicht weiter in Bremen zu isolieren. Denn kurz zuvor war es zu einen anderen, folgenreichen Zerwürfnis mit Henke gekommen: Rosa Luxemburg hatte in aller Schärfe auf Johann Kniefs Leitartikel in der BBZ vom 9. September 1912 zum „Fall Radek“ reagiert und die BBZ der „gewissenlosesten Tendenzgerichtsbarkeit“ beschuldigt, weil sie die „Führer und Instanzen einer Bruderpartei öffentlich in schwerster Weise“ verdächtigt hatte.⁴² Die bisherige Kampfgemeinschaft zwischen Rosa Luxemburg und den Bremer Linken zerbrach an der Verteidigung ihres polnischen Intimfeindes Karl Radek durch die BBZ. In einem handschriftlichen Brief vom 15.11.1912 verweigerte sich Rosa Luxemburg, „in der Bremer Bürger-Zeitung gegen Kautsky zu polemisieren“, weil „Ihr Blatt seit Monaten nicht mich persönlich, sondern die polnische Sozialdemokratie in unerhörter Weise beschimpft...bloß eines Individuums wegen und bloß unter Einflüsterungen dieses Individuums.“ Und sie fuhr fort: „Sie haben, der Sie als ein Pfeiler des ‚Radikalismus‘ in Deutschland gelten wollen, leitende polnische Genossen in Ihrem Blatt beschimpft, die ihren Radikalismus noch anders als Sie, nämlich zwischen Gefängnis, Zuchthaus und ständigem Hungern, seit Jahrzehnten betätigen, vor denen ein Mann wie Sie gut tun würde, respektvoll den Hut zu ziehen... Sie haben das Ansehen des Bremer Blattes und der Bremer Organisation auf das schwerste geschädigt, und das alles, um ein Individuum zu retten, das für Sie offenbar zum Inbegriff des Radikalismus geworden ist“. Gemeint ist der aus Lemberg stammende Karl Sobelson, der unter dem Pseudonym Radek weithin bekannt war. Dieser hatte in Polen gegen Rosa Luxemburg, aber mit Wladimir Lenin für das Selbstbestimmungsrecht der Nationen und damit für die staatliche Autonomie Polens plädiert und den Führungsstil von Rosa Luxemburg und Leo Jogiches in ihren polnischen Jahren kritisiert. Rosa Luxemburg beendete den Brief an Henke folgendermaßen: „Solange solche Zustände (einer Cliquenwirtschaft) in der Bremer Bürger-Zeitung herrschen, kann von meiner Mitarbeiterschaft in diesem Blatt keine Rede sein.“⁴³ Der frühere Brief von Robert Pöhland an den holländischen Sozialisten Anton Pannekoek ist auf den 9. Juni 1911 datiert. Auf Anregung von Karl Kautsky war Pannekoek nach Deutschland übergesiedelt, um 1906 eine Lehrerstelle an der Berliner Parteschule zu übernehmen, die er 1907 nach einem Polizeiverbot und der Gefahr der Ausweisung aufgeben musste, bevor er im September 1909 als ständiger wissenschaftlicher Lehrer

⁴² Die BBZ verweigerte sich, die Erwiderung von Rosa Luxemburg zu drucken. Sie erschien daraufhin am 14.9. 1912 im „Vorwärts“, dem Zentralorgan der SPD.

⁴³ Rosa Luxemburg, Gesammelte Briefe, 1983, Bd. 4, S. 257f.

der Sozialdemokratie und des Gewerkschaftskartells in Bremen angestellt wurde. Der Brief vom 9. Juni 1911 bezieht sich auf einen Konflikt, der aus einer heftigen Kontroverse zwischen Pannekoek und den reformistischen Gewerkschaftsführern in Bremen erwuchs und zur Auflösung seines Vertrages mit dem Bildungsausschuss des Gewerkschaftskartells führte und damit zum Verlust von 1500,- Mark im Jahr als Gehaltsanteil der Gewerkschaften. Auch danach setzte das Gewerkschaftskartell die Intrigen gegen Anton Pannekoek fort. So ist dem Brief von Robert Pöhland zu entnehmen, dass man Pannekoek damit zu denunzieren versuchte, er hätte, um den Bau seines Hauses in Bremen zu beschleunigen, angeblich Bauarbeiter ausgerechnet am 1. Mai 1911 um die Arbeitsruhe gebracht. Robert Pöhland, der an seltenen freien Abenden die Gelegenheit nutzte, „um die Arbeiten an Ihrem Bau zu kontrollieren“, erklärte sich bereit, auf Mitgliederversammlungen für die Richtigstellung zu sorgen. Und er fügte den „aus der Luft gegriffenen gehässigen Klatschereien“ hinzu: „Man war sich ja schon so sicher, dass man die ‚geistige Leuchte‘ für ein und allemal los war, und nun muss man mit einmal erfahren, dass Sie sich erst recht festsetzen wollen in Bremen, dass ist aber doch auch zu stark“.

Hier haben wir es erneut mit einem jener vielen, aber nur selten in den Quellend überlieferten Fälle zu tun, die deutlich machen, dass Richtungskontroversen innerhalb der Arbeiterbewegung keineswegs rein politische Auseinandersetzungen blieben, sondern über den „Biertisch“ hinaus zu Denunziationen Anlass gaben, um Verbandsoppositionelle zu isolieren oder aus dem Beruf zu drängen. Robert Pöhland hatte immer wieder zusammen mit Heinrich Brandler ähnliche Erfahrungen in Bremen sammeln müssen, „so dass ich mich über solche Gemeinheiten wirklich nicht mehr aufregen“ kann, wie er Pannekoek am 9. Juni 1911 mitteilte. „Dass man jetzt in seiner blinden Wut nach den erlittenen Niederlagen bei dem Feldzug wider Sie, zu solchen Reichsverbandsmittelchen greift“, das war offensichtlich für den „unsicheren Kantonisten“ Robert Pöhland eine allzu alltägliche Erfahrung im Bauarbeiterverband. Seine Tochter Klärchen berichtet in den einleitenden „Erinnerungen an meine Eltern“ über die Folgen der „Quertreibereien“ des Vaters gegen die Gewerkschaftsführer, vor allem gegen die deutschnational eingestellten Anhänger der „Ideen von 1914 wie August Winnig und Wilhelm Keil. Im Organ seines Verbandes gehörte er zu den „gewissenlosen Hetzern“, die das Nest beschmutzen und den Franzosen Munition lieferten.⁴⁴ Und wohl zu Recht konnte seine Frau davon ausgehen, dass ihr Mann durch eine Denunziation aus den Reihen des Bremer Gewerkschaftskartells nach einem kritischen Artikel im „Grundstein“ vom 24. April 1915 zur Pionierausbildung nach Harburg abgestellt wurde.

Doris Kachulles Blick auf die Opfer in der Familie Pöhland und den Täter Waldemar Pabst, dem Organisator des Mordes an Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht, bedarf einer Ergänzung: des Blicks auf die hauptamtlichen Funktionsträger in den Apparaten der

⁴⁴ Vgl. Grundstein, Nr.1 vom 2.1 1915 und Nr.17 vom 24.4.-1915

Arbeiterbewegung, von denen sich viele immer wieder durch den Gegner „sozialpartnerschaftlich“ vereinnahmen ließen. Zusammen mit den zur Korruption neigenden Teilen halfen sie dem Staatsapparat, jede Form der Fundamentalopposition zu unterdrücken.

Die unbestechlichen, mit dem aufrechten Gang ausgestatteten Anna und Robert Pöhland blieben auch nach dem kriegsbedingten Weggang der Pannekoeks aus Bremen Gegner des vom Berliner Parteivorstand verfolgten Kurses der Kriegskreditbewilligung und der Burgfriedenspolitik der Gewerkschaften. Für die Familie Pöhland wurde dieser Kampf gegen den Militarismus zusehends zu einem Problem in einer Stadt, die von der Rüstungskonjunktur profitierte und in der ein Heer von Rüstungsarbeitern in der Industrie, vor allem in den Werften, beschäftigt war. Gegner der „Vaterlandsverteidigung“ wurden schnell mundtot gemacht oder verloren - wie Robert Pöhland, Johann Knief, Heinrich Vogeler und Paul Frölich - - ihre oppositionellen Wirkungsmöglichkeiten durch ihre Einberufung an die Front. Die Folgen der Richtungskontroversen zwischen Reformismus, marxistischem Zentrum und Linksradiكالen begleiteten sie aber auch im Kriegseinsatz, der den Zorn auf die Partei- und Gewerkschaftsbürokratie eher noch dadurch stärkte, dass die Partei- und Verbandsspitzen die Kriegsführung bis zum Ende stützten und auch noch nach der Niederlage glaubten, die „Zentralarbeitsgemeinschaftspolitik“ mit dem Stinnes - Legien - Abkommen fortsetzen zu müssen. Der „organische Intellektuelle“ Robert Pöhland hat diese Politik früh durchschaut und heftig kritisiert. „Ach, Anna, jetzt habe ich nicht mehr die frohe Zuversicht, dass die deutsche Arbeiterschaft den Sozialismus zuerst einführen könnte“, schrieb er seiner Frau in einem der letzten Briefe aus dem „Hexenkessel“, der „Hölle und Folterkammer“ an der französischen Front: „So müssen wir alten Säcke unser Leben für den Geldsack opfern.“ Auch deshalb, wie er am 22. Juli 1916 schrieb, weil die „Anhänger des Parteivorstands einen neuesten Gewaltstreich planen, nämlich, dass sie einen Kriegsparteitag abhalten wollen, wo sie sich ihre brutale Gewalt beglaubigen und zu Recht erklären lassen und die Minderheit niedertrampeln wollen“. Als „Genosse im grauen Rock“ werde sein Mitbestimmungsrecht auf dem Kriegsparteitag mit den Füßen getreten. Ihm bleibe nur die Alternative, „entweder die dort sanktionierte sozialpatriotische, imperialistische Politik anzuerkennen oder sich von der Partei selbst auszuschließen. Noch nie ist ein schlimmerer Streich gegen unsere demokratischen Rechte geführt worden.“⁴⁵

Robert Pöhland blieb es erspart, den kurzen Aufbruch mit der baldigen, folgenreichen Niederlage der Linken in der „deutschen Revolution“ von 1918/19 erleben zu müssen. In den Briefen vermittelte er den Eindruck, dass er die Ursachen der Spaltung des linken Lagers in Bremen überwiegend in sozialökonomischen Begründungen suchte. In der

⁴⁵ Der Brief vom 22. Juli 1916 gehört mit dem Abschiedsbrief vom 1. August 1916 zu den 20 neu aufgenommenen Briefen in der zweiten Auflage.

innerparteilichen Richtungsdivergenz setzte er nicht ausschließlich auf außerparlamentarische Aktionen und die systematische politische „Untergrundarbeit“ eines neuen Vertrauensmännersystems in den Betrieben, sondern er versuchte, den Kontakt zu dem marxistischen Zentrum um Alfred Henke weiter aufrecht zu erhalten. Seine Frau Anna fand dagegen - mit bedingt durch das Vorgehen des Verbandes der Bauarbeiter gegen die Kritiker um Robert Pöhland - den Weg zur Fundamentalopposition der Bremer Linken um Johann Knief ohne Umwege. Das Ende der Hoffnung der Bremer Linken auf eine sozialistische Republik, die Zerschlagung der Bremer Räterepublik am 4. Februar 1919, überlebte sie nur um wenige Tage.